



Brüssel, den 20. Februar 2026
(OR. en)

**Interinstitutionelles Dossier:
2026/0045(COD)**

**6535/26
ADD 1**

**CODIF 8
CODEC 271
EF 41
ECOFIN 233**

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender:	Frau Martine DEPREZ, Direktorin, im Auftrag der Generalsekretärin der Europäischen Kommission
Eingangsdatum:	18. Februar 2026
Empfänger:	Frau Thérèse BLANCHET, Generalsekretärin des Rates der Europäischen Union

Betr.:	ANHANG zu dem Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über die zusätzliche Beaufsichtigung der Kreditinstitute, Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen, Wertpapierfirmen, Vermögensverwaltungsgesellschaften und Verwalter alternativer Investmentfonds eines Finanzkonglomerats (kodifizierter Text)
--------	---

Die Delegationen erhalten als Anlage das Dokument COM(2026) 74 final (annexes 1 to 4).

Anl.: COM(2026) 74 final (annexes 1 to 4)



Brüssel, den 17.2.2026
COM(2026) 74 final

ANNEXES 1 to 4

ANHANG

zu dem

Vorschlag für eine

RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES

über die zusätzliche Beaufsichtigung der Kreditinstitute, Versicherungs- oder Rückversicherungsunternehmen, Wertpapierfirmen, Vermögensverwaltungsgesellschaften und Verwalter alternativer Investmentfonds eines Finanzkonglomerats (kodifizierter Text)

ANHANG I

ANGEMESSENE EIGENKAPITALAUSSTATTUNG

Die zusätzliche Eigenkapitalanforderung gemäß Artikel 6 Absatz 1 an die beaufsichtigten Unternehmen eines Finanzkonglomerats wird nach den in diesem Anhang festgelegten Grundsätzen und einer der hier beschriebenen Methoden berechnet.

Unbeschadet des folgenden Absatzes überlassen die Mitgliedstaaten es ihren zuständigen Behörden, wenn diese in Bezug auf ein bestimmtes Finanzkonglomerat als Koordinator fungieren, nach Konsultation der anderen jeweils zuständigen Behörden sowie des Konglomerats selbst zu entscheiden, welche Methode das Finanzkonglomerat anzuwenden hat.

Die Mitgliedstaaten können vorschreiben, dass die Berechnung nach einer bestimmten Methode dieses Anhangs vorzunehmen ist, wenn an der Spitze eines Finanzkonglomerats ein beaufsichtigtes Unternehmen steht, das in dem betreffenden Mitgliedstaat zugelassen wurde. Steht an der Spitze des Finanzkonglomerats kein beaufsichtigtes Unternehmen im Sinne des Artikels 1, gestatten die Mitgliedstaaten die Anwendung jeder der in diesem Anhang beschriebenen Methoden; befinden sich die jeweils zuständigen Behörden allerdings in demselben Mitgliedstaat, so kann dieser die Anwendung einer der Methoden vorschreiben.

I. Technische Grundsätze

1. Umfang und Form der Berechnung der zusätzlichen Eigenkapitalanforderung

Handelt es sich bei dem Unternehmen um ein Tochterunternehmen, das eine unzureichende Solvabilität aufweist, oder um ein unbeaufsichtigtes Unternehmen der Finanzbranche, das eine unzureichende fiktive Solvabilität aufweist, so ist unabhängig von der gewählten Methode diese Solvabilitätslücke des Tochterunternehmens bei der Berechnung in voller Höhe zu berücksichtigen. Beschränkt sich die Haftung des einen Kapitalanteil haltenden Mutterunternehmens nach Auffassung des Koordinators in diesem Fall ausschließlich und unmissverständlich auf diesen Kapitalanteil, so kann er zulassen, dass die unzureichende Solvabilität des Tochterunternehmens anteilig berücksichtigt wird.

Wenn zwischen Unternehmen eines Finanzkonglomerats keine Kapitalbeziehungen bestehen, legt der Koordinator nach Konsultation der anderen zuständigen Behörden den zu berücksichtigenden Anteil anhand der Haftung fest, die sich aus den bestehenden Beziehungen ergibt.

2. Sonstige technische Grundsätze

Unabhängig davon, welche der unter Abschnitt II dieses Anhangs festgelegten Methoden zur Berechnung der zusätzlichen Eigenkapitalanforderung an beaufsichtigte Unternehmen eines Finanzkonglomerats gewählt wird, sorgt der Koordinator, gegebenenfalls gemeinsam mit den anderen betroffenen zuständigen Behörden, für die Einhaltung folgender Grundsätze:

- i) Die Mehrfachberücksichtigung von Bestandteilen, die auf Ebene des Finanzkonglomerats als Eigenmittel ausgewiesen werden können (Mehrfachbelegung von Eigenkapital), und jede unangemessene gruppeninterne Eigenkapitalschöpfung sind auszuschließen. Um den Ausschluss der Mehrfachbelegung von Eigenkapital und gruppeninterner Eigenkapitalschöpfung zu

gewährleisten, wenden die zuständigen Behörden die einschlägigen Grundsätze der betreffenden Branchenvorschriften analog an.

- ii) Bis zur weiteren Harmonisierung der Branchenvorschriften werden zur Erfüllung der Solvabilitätsanforderungen an die in einem Finanzkonglomerat vertretenen Finanzbranchen die Eigenkapitalbestandteile gemäß den entsprechenden Branchenvorschriften herangezogen; ist die Eigenkapitalausstattung auf Ebene des Finanzkonglomerats unzureichend, so dürfen bei der Überprüfung der Erfüllung der zusätzlichen Solvabilitätsanforderungen nur Bestandteile, die nach allen Branchenvorschriften als Eigenkapital zulässig sind („branchenübergreifendes Eigenkapital“), berücksichtigt werden.

Sind bestimmte Eigenkapitalbestandteile, die als branchenübergreifendes Eigenkapital berücksichtigt werden könnten, den Branchenvorschriften zufolge nur beschränkt als Eigenkapital zulässig, gelten diese Beschränkungen bei der Berechnung der Eigenmittel auf Finanzkonglomeratsebene entsprechend.

Bei der Berechnung der Eigenmittel auf Finanzkonglomeratsebene berücksichtigen die zuständigen Behörden darüber hinaus, ob die Eigenmittel den Zielen der Eigenkapitalvorschriften entsprechend ohne weiteres von einer juristischen Person der Gruppe an die andere übertragbar und in allen Teilen der Gruppe verfügbar sind.

Wird für ein unbeaufsichtigtes Unternehmen der Finanzbranche eine fiktive Solvabilitätsanforderung nach Abschnitt II dieses Anhangs errechnet, so entspricht diese der Eigenkapitalanforderung, die ein solches Unternehmen den einschlägigen Branchenvorschriften zufolge erfüllen müsste, wenn es ein beaufsichtigtes Unternehmen dieser Finanzbranche wäre; im Fall von Vermögensverwaltungsgesellschaften entspricht diese Solvabilitätsanforderung der Eigenkapitalanforderung des Artikels 7 Absatz 1 Buchstabe a~~z~~ der Richtlinie 2009/65/EG; die fiktive Solvabilitätsanforderung an eine gemischte Finanzholdinggesellschaft wird gemäß den branchenspezifischen Vorschriften für die im Finanzkonglomerat am stärksten vertretene Branche errechnet.

II. Berechnungsmethoden

Methode 1: „Berechnung auf der Grundlage des konsolidierten Abschlusses“

Die zusätzliche Eigenkapitalanforderung an die beaufsichtigten Unternehmen eines Finanzkonglomerats wird auf der Grundlage des konsolidierten Abschlusses berechnet.

Die zusätzliche Eigenkapitalanforderung ist die Differenz zwischen

- i) den aufgrund des konsolidierten Abschlusses errechneten Eigenmitteln des Finanzkonglomerats, wobei die gemäß den einschlägigen Branchenvorschriften zulässigen Bestandteile herangezogen werden,
- und
- ii) der Summe der Solvenzanforderungen an die jeweiligen in der Gruppe vertretenen Finanzbranchen; diese Solvenzanforderungen werden nach den jeweiligen Branchenvorschriften errechnet.

Bei den genannten Branchenvorschriften handelt es sich in Bezug auf Kreditinstitute insbesondere um Teil 1 Titel IIV Kapitel 23 Abschnitt 2 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013, in Bezug auf Versicherungsunternehmen insbesondere um die Richtlinie 2009/138/EG und in Bezug auf Kreditinstitute und Wertpapierfirmen insbesondere um die Richtlinie 2013/36/EU.

Für unbeaufsichtigte Unternehmen der Finanzbranche, die nicht in die ☒ in Absatz 2 ☒ erwähnten Berechnungen der branchenbezogenen Solvabilitätsanforderungen einbezogen werden, wird eine fiktive Solvabilitätsanforderung ermittelt.

Die Differenz darf nicht negativ sein.

Methode 2: „Abzugs- und Aggregationsmethode“

Die zusätzliche Eigenkapitalanforderung an die beaufsichtigten Unternehmen eines Finanzkonglomerats wird auf der Grundlage der Einzelabschlüsse aller Unternehmen der Gruppe berechnet.

Die zusätzliche Eigenkapitalanforderung ist die Differenz zwischen

- i) der Summe der Eigenmittel jedes beaufsichtigten und unbeaufsichtigten der Finanzbranche angehörenden Unternehmens des Finanzkonglomerats, wobei die gemäß den einschlägigen Branchenvorschriften zulässigen Bestandteile herangezogen werden,
und
- ii) der Summe aus
 - den Solvenzanforderungen an jedes beaufsichtigte und unbeaufsichtigte der Finanzbranche angehörende Unternehmen der Gruppe, die gemäß den einschlägigen branchenspezifischen Vorschriften errechnet werden, und
 - dem Buchwert der Beteiligungen an anderen Unternehmen der Gruppe.

Für unbeaufsichtigte der Finanzbranche angehörende Unternehmen wird eine fiktive Solvabilitätsanforderung ermittelt. Eigenmittel- und Solvabilitätsanforderungen werden anteilmäßig gemäß Artikel 6 Absatz 4 und Abschnitt I dieses Anhangs berücksichtigt.

Die Differenz darf nicht negativ sein.

↓ 2011/89/EU Art. 2 Nr. 24 und Anhang II

Methode 3: „Kombinationsmethode“

Die zuständigen Behörden können eine Kombination der Methoden 1 und 2 zulassen.

ANHANG II

EINZELHEITEN DER ANWENDUNG DER BESTIMMUNGEN BETREFFEND GRUPPENINTERNE TRANSAKTIONEN UND RISIKOKONZENTRATION

Der Koordinator legt nach Konsultation der anderen jeweils zuständigen Behörden fest, welche Arten von Transaktionen und Risiken von den beaufsichtigten Unternehmen eines bestimmten Finanzkonglomerats gemäß Artikel 7 Absatz 2 und Artikel 8 Absatz 2 über die Mitteilung von gruppeninternen Transaktionen und Risikokonzentrationen zu melden sind. Bei der Festlegung bzw. Stellungnahme zur Art der Transaktionen und Risiken berücksichtigen der Koordinator und die relevanten zuständigen Behörden die Gruppenstruktur und das Risikomanagement des betreffenden Finanzkonglomerats. Der Koordinator legt nach Konsultation der anderen jeweils zuständigen Behörden und des betreffenden Finanzkonglomerats auf der Basis der aufsichtsrechtlich geforderten Eigenkapitalausstattung und/oder technischer Bestimmungen angemessene Schwellenwerte fest, anhand derer die gruppeninternen Transaktionen und Risikokonzentrationen gemäß den Artikeln 7 und 8 als bedeutend identifiziert und gemeldet werden müssen.

Bei der Beaufsichtigung der gruppeninternen Transaktionen und Risikokonzentrationen überwacht der Koordinator insbesondere das mögliche Risiko eines Übergreifens auf andere Teile des Finanzkonglomerats, das Risiko eines Interessenkonflikts, das Risiko eines Umgehens der Branchenvorschriften und die Höhe oder den Umfang der Risiken.

Um insbesondere ein Umgehen der Branchenvorschriften zu vermeiden, können die Mitgliedstaaten ihren zuständigen Behörden gestatten, die sich auf gruppeninterne Transaktionen und Risikokonzentrationen beziehenden branchenspezifischen Vorschriften auch auf Ebene des Finanzkonglomerats anzuwenden.



ANHANG III

Teil A

Aufgehobene Richtlinie mit Liste ihrer nachfolgenden Änderungen (gemäß Artikel 32)

Richtlinie 2002/87/EG des Europäischen Parlaments und
des Rates (ABl. L 35 vom 11.2.2003, S. 1,
ELI: <http://data.europa.eu/eli/dir/2002/87/oj>)

Richtlinie 2005/1/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 79 vom 24.3.2005, S. 9,
ELI: <http://data.europa.eu/eli/dir/2005/1/oj>) nur hinsichtlich Artikel 11

Richtlinie 2008/25/EG des Europäischen Parlaments und
des Rates (ABl. L 81 vom 20.3.2008, S. 40,
ELI: <http://data.europa.eu/eli/dir/2008/25/oj>)

Richtlinie 2010/78/EU des Europäischen Parlaments und
des Rates (ABl. L 331 vom 15.12.2010, S. 120,
ELI: <http://data.europa.eu/eli/dir/2010/78/oj>) nur hinsichtlich Artikel 2

Richtlinie 2011/89/EU des Europäischen Parlaments und
des Rates (ABl. L 326 vom 8.12.2011, S. 113,
ELI: <http://data.europa.eu/eli/dir/2011/89/oj>) nur hinsichtlich Artikel 2

Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und
des Rates (ABl. L 176 vom 27.6.2013, S. 338,
ELI: <http://data.europa.eu/eli/dir/2013/36/oj>) nur hinsichtlich Artikel 150

Richtlinie (EU) 2019/2034 des Europäischen Parlaments
und des Rates (ABl. L 314 vom 5.12.2019, S. 64,
ELI: <http://data.europa.eu/eli/dir/2019/2034/oj>) nur hinsichtlich Artikel 59

Richtlinie (EU) 2023/2864 des Europäischen Parlaments
und des Rates (ABl. L 2023/2864, 20.12.2023,
ELI: <http://data.europa.eu/eli/dir/2023/2864/oj>) nur hinsichtlich Artikel 1

Richtlinie (EU) 2025/2 des Europäischen Parlaments
und des Rates
(ABl. L 2025/2, 8.1.2025,
ELI: <http://data.europa.eu/eli/dir/2025/2/oj>) nur hinsichtlich Artikel 3

Teil B

Fristen für die Umsetzung in nationales Recht und Zeitpunkte der Anwendung (gemäß Artikel 32)

Richtlinie	Umsetzungsfrist	Beginn der Anwendbarkeit
2002/87/EG	11. August 2004	
2005/1/EG	13. Mai 2005	
2010/78/EU	31. Dezember 2011 in Bezug auf Artikel 2 Nummer 1 Buchstabe a, Artikel 2 Nummern 2, 5, 7 und 9, und Artikel 2 Nummer 11 Buchstabe b	
2011/89/EU	10. Juni 2013 in Bezug auf Artikel 2, mit Ausnahme von Artikel 2 Nummer 23, sowie von Artikel 2 Nummer 1, und Artikel 2 Nummer 2 Buchstabe a, insofern wie diese Bestimmungen Artikel 1, Artikel 2 Absatz 1 Nummern 4, 5a und 16, und Artikel 3 Absatz 2 der Richtlinie 2002/87/EG in Bezug auf Verwalter alternativer Investmentfonds geändert haben 22. Juli 2013 in Bezug auf Artikel 2 Nummer 23, sowie auf Artikel 2 Nummer 1, und Artikel 2 Nummer 2 Buchstabe a, insofern wie diese Bestimmungen Artikel 1, Artikel 2 Absatz 1 Nummern 4, 5a und 16, und Artikel 3 Absatz 2 der Richtlinie 2002/87/EG in Bezug auf Verwalter alternativer Investmentfonds geändert haben	
2013/36/EU	31. Dezember 2013	31. Dezember 2013 in Bezug auf Artikel 150
(EU) 2019/2034	26. Juni 2021	26. Juni 2021 in Bezug auf Artikel 59
(EU) 2023/2864	10. Januar 2026	
(EU) 2025/2	29. Januar 2027	30. Januar 2027

ANHANG IV

ENTSPRECHUNGSTABELLE

Richtlinie 2002/87/EG	Vorliegende Richtlinie
Artikel 1 Absatz 1	Artikel 1
Artikel 1 Absatz 2	–
Artikel 2 Absatz 1 einleitender Wortlaut	Artikel 2 Absatz 1 einleitender Wortlaut
Artikel 2 Absatz 1 Nummern 1 bis 5	Artikel 2 Absatz 1 Nummern 1 bis 5
Artikel 2 Absatz 1 Nummer 5a	Artikel 2 Absatz 1 Nummer 6
Artikel 2 Absatz 1 Nummer 6	Artikel 2 Absatz 1 Nummer 7
Artikel 2 Absatz 1 Nummer 7	Artikel 2 Absatz 1 Nummer 8
Artikel 2 Absatz 1 Nummer 8	Artikel 2 Absatz 1 Nummer 9
Artikel 2 Absatz 1 Nummer 9	Artikel 2 Absatz 1 Nummer 10
Artikel 2 Absatz 1 Nummer 10	Artikel 2 Absatz 1 Nummer 11
Artikel 2 Absatz 1 Nummer 11	Artikel 2 Absatz 1 Nummer 12
Artikel 2 Absatz 1 Nummer 12	Artikel 2 Absatz 1 Nummer 13
Artikel 2 Absatz 1 Nummer 12a	Artikel 2 Absatz 1 Nummer 14
Artikel 2 Absatz 1 Nummer 13	Artikel 2 Absatz 1 Nummer 15
Artikel 2 Absatz 1 Nummer 14	Artikel 2 Absatz 1 Nummer 16
Artikel 2 Absatz 1 Nummer 15	Artikel 2 Absatz 1 Nummer 17
Artikel 2 Absatz 1 Nummer 16	Artikel 2 Absatz 1 Nummer 18
Artikel 2 Absatz 1 Nummer 17	Artikel 2 Absatz 1 Nummer 19
Artikel 2 Absatz 1 Nummer 18	Artikel 2 Absatz 1 Nummer 20
Artikel 2 Absatz 1 Nummer 19	Artikel 2 Absatz 1 Nummer 21
Artikel 2 Absatz 2	Artikel 2 Absatz 2
Artikel 3 Absätze 1, 2 und 3	Artikel 3 Absätze 1, 2 und 3
Artikel 3 Absatz 3a	Artikel 3 Absatz 4
Artikel 3 Absatz 4	Artikel 3 Absatz 5

Artikel 3 Absatz 5	Artikel 3 Absatz 6
Artikel 3 Absatz 6	Artikel 3 Absatz 7
Artikel 3 Absatz 7	Artikel 3 Absatz 8
Artikel 3 Absatz 8	Artikel 3 Absatz 9
Artikel 3 Absatz 9	Artikel 3 Absatz 10
Artikel 4 Absatz 1 Unterabsatz 1	Artikel 4 Absatz 1 Unterabsatz 1
Artikel 4 Absatz 1 Unterabsatz 2 einleitender Wortlaut	Artikel 4 Absatz 1 Unterabsatz 2 einleitender Wortlaut
Artikel 4 Absatz 1 Unterabsatz 2 erster Gedankenstrich	Artikel 4 Absatz 1 Unterabsatz 2 Buchstabe a
Artikel 4 Absatz 1 Unterabsatz 2 zweiter Gedankenstrich	Artikel 4 Absatz 1 Unterabsatz 2 Buchstabe b
Artikel 4 Absätze 2 und 3	Artikel 4 Absätze 2 und 3
Artikel 5 bis 8	Artikel 5 bis 8
Artikel 9 Absatz 1	Artikel 9 Absatz 1
Artikel 9 Absatz 2 einleitender Wortlaut	Artikel 9 Absatz 2 Unterabsatz 1 einleitender Wortlaut
Artikel 9 Absatz 2 Buchstaben a, b und c	Artikel 9 Absatz 2 Unterabsatz 1 Buchstaben a, b und c
Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe d Satz 1	Artikel 9 Absatz 2 Unterabsatz 1 Buchstabe d
Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe d Satz 2	Artikel 9 Absatz 2 Unterabsatz 2
Artikel 9 Absätze 3 bis 6	Artikel 9 Absätze 3 bis 6
Artikel 9a	Artikel 10
Artikel 9b	Artikel 11
Artikel 10	Artikel 12
Artikel 11	Artikel 13
Artikel 12	Artikel 14
Artikel 12a	Artikel 15
Artikel 12b	Artikel 16

Artikel 13
Artikel 14
Artikel 15
Artikel 16 Absatz 1 einleitender Wortlaut
Artikel 16 Absatz 1 erster Gedankenstrich
Artikel 16 Absatz 1 zweiter Gedankenstrich
Artikel 16 Absätze 2 und 3
Artikel 17
Artikel 18 Absatz 1
Artikel 18 Absatz 1a
Artikel 18 Absatz 2
Artikel 18 Absatz 3
Artikel 19
Artikel 20
Artikel 21 Absatz 1
Artikel 21 Absatz 4
Artikel 21 Absatz 6
Artikel 21a Absatz 1
Artikel 21a Absatz 1a Unterabsatz 1
Artikel 21a Absatz 1a Unterabsatz 2
Artikel 21a Absatz 1a Unterabsatz 3
Artikel 21a Absatz 2 Unterabsatz 1
einleitender Wortlaut
Artikel 21a Absatz 2 Unterabsatz 1
Buchstabe b
Artikel 21a Absatz 2 Unterabsatz 1
Buchstabe c
Artikel 21a Absatz 2 Unterabsatz 2

Artikel 17
Artikel 18
Artikel 19
Artikel 20 Absatz 1 einleitender Wortlaut
Artikel 20 Absatz 1 Buchstabe a
Artikel 20 Absatz 1 Buchstabe b
Artikel 20 Absätze 2 und 3
Artikel 21
Artikel 22 Absatz 1
Artikel 22 Absatz 2
Artikel 22 Absatz 3
Artikel 22 Absatz 4
Artikel 23
Artikel 24
Artikel 25 Absatz 1
Artikel 25 Absatz 2
Artikel 25 Absatz 3
Artikel 26 Absatz 1
Artikel 26 Absatz 2 Unterabsatz 1
–
Artikel 26 Absatz 2 Unterabsatz 2
Artikel 26 Absatz 3, Unterabsatz 1
einleitender Wortlaut
Artikel 26 Absatz 3 Unterabsatz 1
Buchstabe a
Artikel 26 Absatz 3 Unterabsatz 1
Buchstabe b
Artikel 26 Absatz 3 Unterabsatz 2

Artikel 21a Absatz 3 Unterabsatz 1
Artikel 21a Absatz 3 Unterabsatz 2
Artikel 21a Absatz 3 Unterabsatz 3
Artikel 21b
Artikel 21c Absätze 1, 2 und 3
–
Artikel 21c Absatz 4
Artikel 21c Absatz 5
Artikel 23
Artikel 25, 26 und 27
Artikel 29
Artikel 30 Absatz 1
Artikel 30 Absätze 2 und 3
Artikel 30a
Artikel 30b
Artikel 31, 1 und 2
Artikel 31, 3
Artikel 32
–
Artikel 33
Artikel 34
Anhang I
Anhang II
–
–

Artikel 26 Absatz 4 Unterabsatz 1
–
Artikel 26 Absatz 4 Unterabsatz 2
Artikel 27
Artikel 28 Absätze 1, 2 und 3
Artikel 28 Absatz 4
Artikel 28 Absatz 5
Artikel 28 Absatz 6
–
–
–
Artikel 29 Absatz 1
Artikel 29 Absatz 2
Artikel 30
Artikel 31
–
Artikel 32
–
Artikel 33
Artikel 34
Artikel 35
Anhang I
Anhang II
Anhang III
Anhang IV